

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

JOHANNA BUSSEMER
DORIT RIETHMÜLLER
KRUNOSLAV STOJAKOVIĆ

EUROPA SOZIAL UND ÖKOLOGISCH: JA!

Ergebnisse einer repräsentativen
Umfrage im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Daten der vorliegenden Telefonbefragung wurden in einer großen repräsentativen Umfrage vom Meinungsforschungsinstitut Kantar (ehemals Emnid) im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zwischen dem 4. und 13. April 2023 erhoben. Das Ziel der Befragung war es, Erwartungen, Einstellungen und Präferenzen im Wähler*innenpotenzial der LINKEN im Hinblick auf die 2024 stattfindenden Europawahlen zu untersuchen.

Methode: computergestützte telefonische Interviews über Festnetz und Mobilfunk (CATI = Computer Assisted Telephone Interviewing).

Befragt wurden **2.524 Personen** in Deutschland.

Die Erhebung arbeitet mit doppelt so hohen Fallzahlen wie üblich, um die Validität zu erhöhen und das Realpotenzial zu erfassen. Die Prozentzahlen im Text beziehen sich jeweils auf dieses erhobene Realpotenzial. Letzteres umfasst Befragte, die sich vorstellen können, die Partei DIE LINKE zu wählen, es teilweise tun, teilweise aber eben derzeit nicht tun und/oder andere Parteien bevorzugen, aber grundsätzlich für diese Option weiterhin offen sind.

Die Auswertung der Umfrage erfolgte auf Basis der von Kantar erhobenen Daten durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Soziodemografie

Basis (=100%), total: 2.524	in %
Geschlecht	
männlich	49
weiblich	51
Alter	
bis 19 Jahre	2
20 bis 29 Jahre	12
30 bis 39 Jahre	15
40 bis 49 Jahre	15
50 bis 59 Jahre	21
60 bis 69 Jahre	16
70 Jahre und	20
Schulbildung	
Volks- oder Hauptschule	32
weiterbildende Schule, ohne Abitur	32
Abitur	16
Studium	19
Schüler*in	1
Berufstätigkeit	
berufstätig einschließl. vorübergehend arbeitslos	60
nicht berufstätig	40

INHALT

Europawahl 2024 – kurz vorab	2
Für eilige Leser*innen	3
1 Wer und, wenn ja, wie viele würden DIE LINKE für Europa wählen?	6
2 Was unter den Nägeln brennt	12
3 Mehr Kompetenzen für das Europäische Parlament?	14
4 Gute Pflege, progressive Besteuerung und Mobilität für alle	16
5 Krieg und Frieden – unsicheres Terrain	19
6 Mehr soziale Gerechtigkeit in der EU	20
7 Chancen und Risiken für DIE LINKE bei den Europawahlen	27

EUROPAWAHL 2024 – KURZ VORAB

Vom 6. bis 9. Juni 2024 findet die zehnte Wahl zum Europäischen Parlament statt. In 27 europäischen Ländern sind dann rund 400 Millionen Menschen zum Urnengang aufgerufen. Etwa 700 Mandate können vergeben werden. Wir haben in der gesamten Bundesrepublik fragen lassen, welche Chancen DIE LINKE, die derzeit mit fünf Abgeordneten innerhalb der THE LEFT Group zusammen mit 18 anderen linken Parteien für ein sozial gerechtes, ökologisches und feministisches Europa kämpft, bei dieser Wahl hat. Die Umfrage ist eine Erweiterung der bereits im Mai 2022 durchgeführten Befragung, aus der die Studie «Eine Partei mit Zukunft» hervorgegangen ist. Diesmal steht die europäische Politik im Vordergrund.

AUTOR*INNENHINWEIS

Johanna Bussemer ist Leiterin des Referates Europa im Zentrum für Internationalen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dr. Krunoslav Stojaković ist Referent für Europa im Zentrum für Internationalen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dorit Riethmüller ist Projektmanagerin im Zentrum für Internationalen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

FÜR EILIGE LESER*INNEN

JUNG, STÄDTISCH UND WENIG KOHLE



17 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland können sich grundsätzlich vorstellen, bei den Europawahlen 2024 die Partei DIE LINKE zu wählen. Hochgerechnet wären das mehr als **11 Millionen Menschen**.



Ihr **größtes Potenzial** hat DIE LINKE bei **Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen**. In Haushalten mit einem niedrigen Nettomonatseinkommen bis zu 1.500 Euro liegt das Wähler*innenpotenzial bei 19 Prozent, bei Haushalten mit einem Einkommen zwischen 1.500 und 3.500 Euro sind es 37 Prozent.



Menschen in Mitteldeutschland können sich häufiger vorstellen, DIE LINKE zu wählen, als Menschen hoch im Norden oder tief im Süden.



Die potenziellen Wähler*innen wohnen nicht nur in Städten, sondern auch in **kleineren Orten und Gemeinden** mit 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen.



Das Wähler*innenpotenzial der LINKEN ist **bei Frauen leicht höher als bei Männern**. Insgesamt können sich 18 Prozent der befragten Frauen und 15 Prozent der befragten Männer vorstellen, DIE LINKE zu wählen.

18+

Potenzielle LINKE-Wähler*innen sind jung und gut ausgebildet. Bei den unter 49-Jährigen liegt die Bereitschaft, DIE LINKE zu wählen insgesamt bei 65 Prozent, während sich bei den über 60-Jährigen nur 12 Prozent vorstellen können, dies zu tun. LINKE-Wähler*innen haben mit 22 Prozent überdurchschnittlich häufig Abitur oder einen Universitätsabschluss, während sich nur 12 Prozent der Menschen mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss gegenwärtig vorstellen können, DIE LINKE zu wählen.

GUTE KONZEPTE, SOZIALES UND ÖKOLOGISCHES ENGAGEMENT, PROEUROPÄISCH

- **Ausschlaggebend** für eine mögliche Wahl der LINKEN bei den kommenden Europawahlen sind die folgenden Zuschreibungen: DIE LINKE steht für ein **hohes soziales Engagement** und für **gute Konzepte**. An dritter Stelle der Zustimmung für bestimmte Zuschreibungen wird die Friedenspolitik genannt. Wenn es um konkrete politische Forderungen geht, zeigt sich jedoch, dass Themen wie «Klima» und «Soziales» im Vergleich zu «Krieg und Frieden» als wichtiger bewertet werden.
- Unter denjenigen, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen, werden insbesondere die Themen **«Umwelt-/Klimaschutzpolitik/Energiewende»** und **«Flüchtlingspolitik»** als wichtig eingeschätzt. Nur mittelmäßig wichtig erscheinen Optionen, die nur vage politische Folgen haben, wie zum Beispiel «Einigkeit/Spaltung der EU verhindern/Zusammenhalt fördern» oder «Krieg in anderen Ländern».
- Maßnahmen zur **Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit** in Deutschland betrachten potenzielle Wähler*innen der LINKEN (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen) **auffällig häufig als eher wichtig oder sehr wichtig**.
- Junge potenzielle Wähler*innen der LINKEN **finden es gut, wenn mehr Rechte von nationalen Parlamenten ins EU-Parlament übertragen werden**. Insgesamt sprechen sich von denjenigen, die DIE LINKE eventuell wählen würden, 48 Prozent dafür aus. Eine «Europäisierung» der politischen Entscheidungsstrukturen wird also von vielen jungen Wähler*innen eher positiv bewertet.
- Nicht ausschlaggebend sind die Zuschreibungen «aus Protest», «Bezug zu DDR-Zeiten, Ostdeutschland» und «starke Opposition».

WAS ALLEN GEHÖREN SOLLTE

Politische Aussagen, die auf eine **Vergesellschaftung von Infrastruktur und Vermögen** abzielen, finden unter potenziellen Wähler*innen der LINKEN **besonders hohe Zustimmungswerte**. Zum Beispiel finden 73 Prozent der Befragten, dass Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung in Europa kostenlos sein sollten. Dass die EU ausreichend bezahlbaren Wohnraum garantieren muss, meinen 71 Prozent. Für eine Übergewinnsteuer, also die Versteuerung von Extragewinnen von Konzernen, die im Kontext von Krisen und Kriegen gemacht werden, sind 67 Prozent.

KRIEG UND FRIEDEN – EIN THEMA, DAS POLARISIERT

Bei Fragen, die sich mit den militärischen Auswirkungen des Ukrainekrieges beschäftigt haben, fielen die Antworten der Befragten hingegen nicht ganz so eindeutig aus. Es finden sich zwar knappe Mehrheiten gegen militärische Aufrüstung (58%), Rüstungsexporte in Krisengebiete (59%) und eine europäische Armee (60%), doch sind diese Ergebnisse kein Ausdruck eines bestehenden Einvernehmens innerhalb des linken Wähler*innenpotenzials.

FAZIT

Die Partei DIE LINKE verfügt für die Europawahlen über ein stabil hohes Wähler*innenpotenzial, das aktuell nur ein Prozent unter den Ergebnissen der Befragung im ersten Halbjahr 2022 zum allgemeinen Wähler*innenpotenzial liegt.

Die Tatsache, dass eine gerechte Sozialpolitik, einschließlich einer gerechteren Verteilungspolitik, sowie mehr staatliche Regulierung bei den Befragten hohe Zustimmung erfahren, zeigt, dass die zentralen Fragen von Ungleichheit im Zentrum der Programmatik der LINKEN bei den kommenden Europawahlen stehen sollten.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen auch eine deutliche Tendenz zu einer stärkeren europäischen Integration, vor allem bei jungen Wähler*innen, die ein Wahlpotenzial von 22 Prozent für DIE LINKE bilden.

1 WER UND, WENN JA, WIE VIELE WÜRDEN DIE LINKE FÜR EUROPA WÄHLEN?

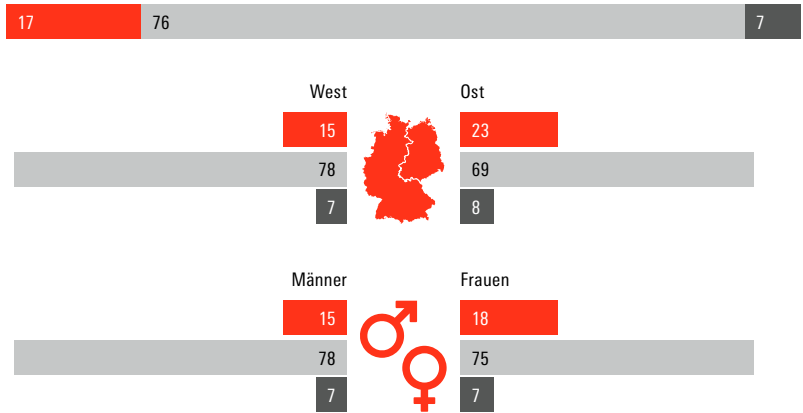
Das **Wähler*innenpotenzial** der Partei DIE LINKE liegt **bundesweit bei 17 Prozent**, wobei der Anteil in den **ostdeutschen** Bundesländern mit 23 Prozent signifikant **über dem westdeutschen** von 15 Prozent liegt. Interessant ist dabei die Verteilung nach Alterskohorten. In der Altersgruppe der 18- bis 49-Jährigen liegt DIE LINKE bei überdurchschnittlichen 21 bis 22 Prozent. Bei den 50- bis 59-Jährigen fällt sie auf 14 und bei den über 60-Jährigen auf 12 Prozent. DIE LINKE ist also vor allem für junge Menschen interessant. Wähler*innen höheren Alters müssten durch thematische Schwerpunkte anders angesprochen werden als jetzt. Insgesamt liegt das Potenzial weit höher als viele der aktuellen Wahlergebnisse der Partei – die Länderwahlen in Bremen und Berlin ausgenommen, die zwar auch unter dem erfragten Potenzial, aber viel höher als bei anderen Wahlen lagen. Strategisch bedeutet das für DIE LINKE, dass es in Zukunft darum gehen muss, **möglichst viel des hier beschriebenen** Potenzials in Wähler*innenstimmen umzuwandeln.

LINKE PUNKTET IN DER GROSSSTADT

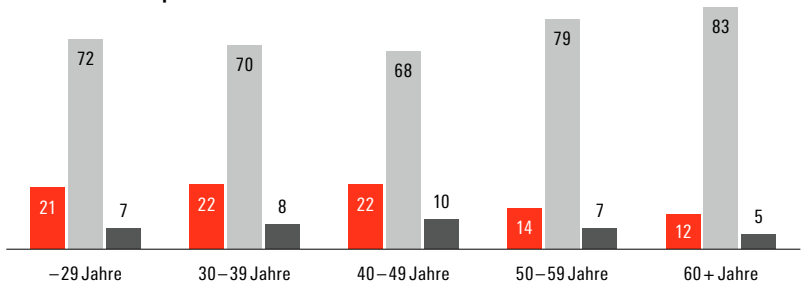
Das **größte Wähler*innenpotenzial** generiert DIE LINKE weiterhin **bei gut ausgebildeten, jungen Menschen in den großen urbanen Ballungsräumen**. Je höher der Bildungsgrad und je größer die Stadt, desto größer das Potenzial. Unter Abiturient*innen und Personen mit Universitätsabschluss können sich beispielsweise 22 Prozent der Befragten eine Wahl der LINKEN vorstellen, bei Personen mit mittlerer Reife immerhin noch 16 Prozent, wohingegen nur zwölf Prozent der Hauptschulabgänger*innen in der LINKEN eine wählbare politische Option sehen. Diese potenziellen Wähler*innen leben zumeist in den großen und mittelgroßen Ballungsgebieten mit über 500.000 Einwohner*innen. Dort liegt das Wähler*innenpotenzial der LINKEN bei durchaus bemerkenswerten 22 Prozent. In Städten mit einer Bevölkerungszahl zwischen 100.000 und 500.000 immerhin noch bei 16 Prozent. In kleinen Ortschaften mit bis zu 20.000 Einwohner*innen können sich zwischen acht und zehn Prozent der Menschen eine Wahl der LINKEN vorstellen. Auch wenn diese Zahlen zunächst einmal relativ weit unter dem durchschnittlichen Wahlpotenzial

Wähler*innenpotenzial ein Jahr vor den Europawahlen in Prozent: «Könnten Sie sich vorstellen, die Partei DIE LINKE bei einer Europa-, Landtags- oder Bundestagswahl zu wählen?»

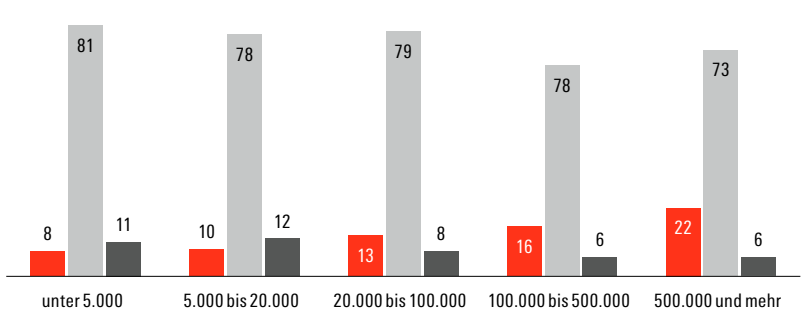
■ ja ■ nein ■ weiß nicht, keine Angabe



Wähler*innenpotenzial nach Alter in Prozent



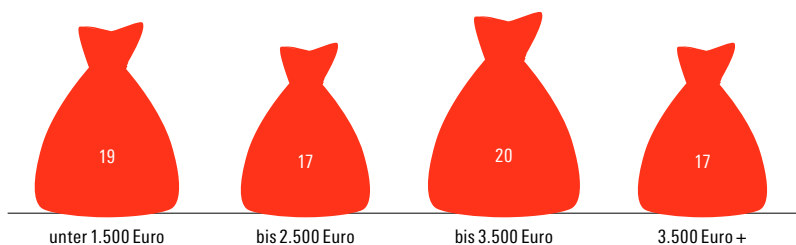
Wähler*innenpotenzial nach Einwohner*innenzahl



liegen, so bleibt aber dennoch festzuhalten, dass sich DIE LINKE selbst in kleinen Ortschaften über der Fünf-Prozent-Klausel bewegen könnte und in diesem eher kleinstädtischen Milieu mit vor allem im Westen wenig verankerten Parteistrukturen eine wählbare politische Option darstellt.

Sozialstrukturell umfasst das Wähler*innenpotential der LINKEN unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Sowohl berufstätige (17 %) als auch arbeitslose (15 %) Menschen können sich eine Wahl der LINKEN vorstellen, sie können in einem Singlehaushalt (15 %) ebenso leben wie in einem Dreipersonenhaushalt (21 %). Das höchste Wahlpotenzial erreicht DIE LINKE zwar bei Menschen, die monatlich zwischen 2.500 und 3.500 Euro netto verdienen, doch auch in allen anderen Einkommensgruppen liegt das Potenzial zwischen 17 und 19 Prozent. Insofern sprechen die durch DIE LINKE besetzten politischen Themen durchaus breitere soziale Bevölkerungsgruppen an.

Wähler*innenpotential nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens in Prozent:

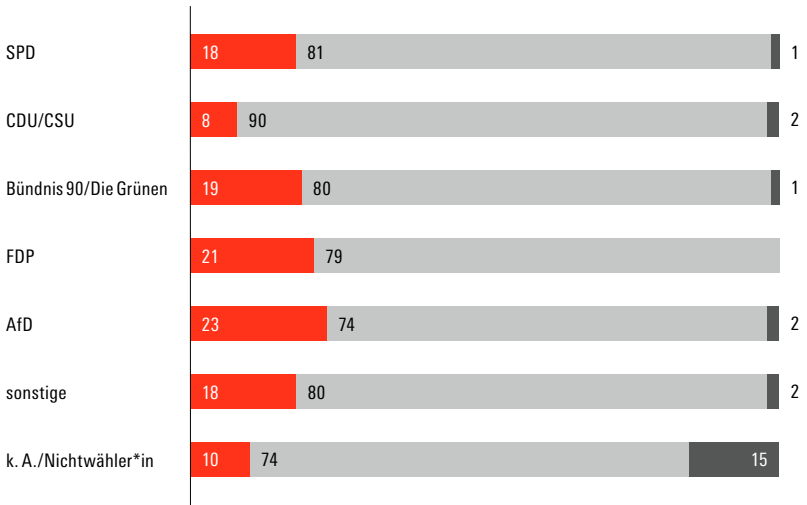


GUTE KONZEPTE KÖNNTEN ÜBERZEUGEN

Hinsichtlich möglicher Überlappungen in der Wähler*innenschaft mit anderen politischen Parteien fallen einige Besonderheiten auf. Wähler*innen der AfD (23 %) und der FDP (21 %) können sich überdurchschnittlich häufig vorstellen, DIE LINKE zu wählen. Erst danach folgen Bündnis 90/Die Grünen (19 %) und die SPD (18 %), die beiden Parteien, bei denen man eigentlich größere Schnittmengen erwarten würde. Zudem verteilen sich potenzielle Wähler*innen der LINKEN häufig auf diverse Klein- und Kleinstparteien (18 %) oder gehören zur Gruppe der Nichtwähler*in-

Wähler*innen anderer Parteien wurden gefragt, ob sie sich vorstellen könnten, potenziell DIE LINKE zu wählen (in Prozent)

■ ja ■ nein ■ weiß nicht, keine Angabe



nen (10%). Blicken wir aber auf die Forderungen, aufgrund derer diese Personengruppen DIE LINKE wählen würden, so fällt auf, dass FDP-Anhänger*innen mit 36 Prozent DIE LINKE in erster Linie als mögliche Protestpartei wahrnehmen, während AfD-Wähler*innen bei der LINKEN die «allgemein guten Konzepte» (42%) sowie «Glaubwürdigkeit» (23%) und erst an dritter Stelle eine Option zur Protestwahl erblicken. Es sind also weniger thematische Affinitäten, als vielmehr eine latente Unzufriedenheit und Protestverhalten, die zu einer möglichen Wahl der LINKEN bei FDP- und AfD-Wähler*innen führen können. Inhaltliche Gründe für eine mögliche Wahl der LINKEN finden sich hingegen bei der SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie den Wähler*innen sonstiger Parteien. An erster Stelle steht hierbei das «hohe soziale Engagement» der LINKEN. Die linksaffine Wahlklientel von Bündnis 90/Die Grünen ist zu 60 Prozent der Meinung, dass die sozialpolitische Positionierung der LINKEN einen wichtigen Wahlgrund darstellt, bei der SPD sind es 40 Prozent und bei den Sonstigen 46 Prozent. Als weitere relevante Wahlgründe werden zudem die allgemein «guten Konzepte», die Friedenspolitik sowie vor allem bei potenziellen SPD-Wähler*innen der Einsatz für die Rechte arbeitender und benachteiligter Menschen angeführt.

Diese Themen sind es dann auch, die gegenwärtig als die Stärken der LINKEN wahrgenommen werden. Insbesondere die Kompetenzen im sozialpolitischen Engagement stellen mit weitem Abstand (33%) den Hauptwahlgrund dar, und zwar gleichermaßen in West- und Ostdeutschland, in allen Alterskohorten und geschlechtsunabhängig. Bezogen auf die soziale Lage fällt auf, dass linke Sozialpolitik unabhängig vom Einkommen, der Personenzahl im Haushalt oder Berufstätigkeit dominant als wichtigste wahlpolitische Forderung angesehen wird. Auf den weiteren Plätzen folgen «gute Konzepte», Friedenspolitik, eine «allgemein positive Einstellung» gegenüber der Partei sowie die Bürger*innennähe.

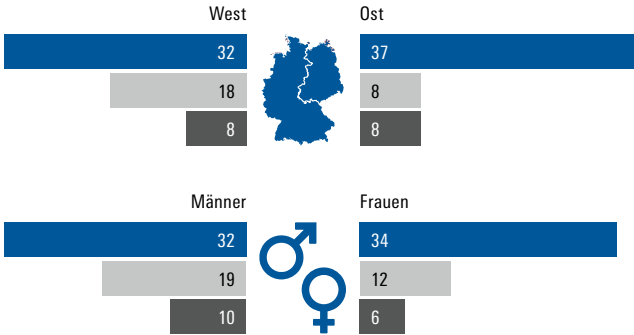
2 WAS UNTER DEN NÄGELN BRENNT

Die befragten potenziellen Wähler*innen der LINKEN haben auf die offene Frage, was ihrer Meinung nach die drängendsten Probleme der Europäischen Union sind, um die sich die Politik kümmern sollte, eine Bandbreite von über 40 verschiedenen Problemen genannt. Als **größte politische Herausforderung** wird die **Umwelt- und Klimaschutzpolitik** sowie **die damit zusammenhängende Energiewende** genannt. Insgesamt 28 Prozent der Teilnehmenden sind der Meinung, dass die politisch Handelnden innerhalb der Institutionen der Europäischen Union hierfür Lösungen anbieten müssen. Maßnahmen im Hinblick auf die Energiewende sollten zudem sowohl eine ökologische (Abkehr von fossilen Energieträgern) als auch eine soziale Komponente (Preisgestaltung alternativer Energiegewinnung) aufweisen. Im Kontext von Themensetzungen für die politische Bildungsarbeit und mögliche politisch-strategische Diskussionen ist zudem relevant, dass dieses sozialökologische Problembewusstsein bei jenen Wähler*innen überdurchschnittlich ausgeprägt ist, deren generelle Parteipräferenz bei der LINKEN und Bündnis 90/Die Grünen liegt. Potenzielle Wähler*innen der LINKEN aber, die normalerweise die FDP (2%) oder die AfD (15%) präferieren, zeigen ein deutlich geringeres Interesse für sozialökologische Herausforderungen. Abgesehen von etwaigen Parteipräferenzen gibt es aber in Fragen der Umwelt- und Energieproblematik weder geschlechterbasierte Diskrepanzen noch eine nennenswerte West-Ost-Differenz. Was aber auffällt, ist, dass dieses Problembewusstsein zwar in der Tendenz vor allem ein junges, städtisch-bildungsbürgerliches Milieu auszeichnet, aber eben auch überproportional häufig in Kleinstädten und auf dem Land (38%) sowie von Menschen mit einem geringen Nettoeinkommen (47%) als drängend bewertet wird. Angesichts der steigenden Energiepreise, extremer Wetterereignisse (Dürren, heftige Niederschläge, Überschwemmungen) und der allgemeinen Verunsicherung bezüglich der zukünftigen Energieversorgung spielt diese sozialpolitische Dimension eine entscheidende Rolle in den zukünftigen gesellschaftspolitischen und parteistategischen Debatten hinsichtlich einer ökosozialistischen Wende.

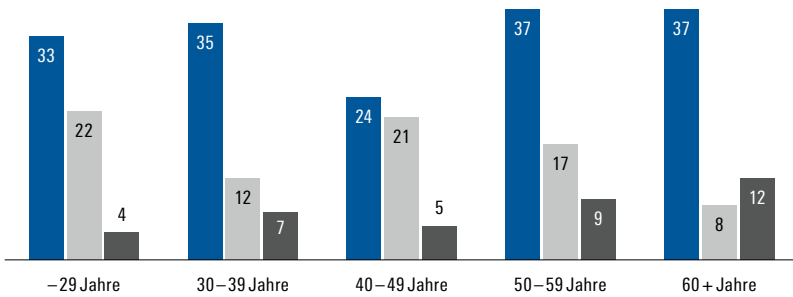
Zudem nehmen sozioökonomische Probleme in der Zusammenstellung verschiedener Einzelfelder eine ebenfalls prominente Position ein – **Inflation, die Finanzen der Europäischen Union, soziale Ungerechtigkeit,**

«Aufgrund welcher Forderungen oder Positionen können Sie sich vorstellen, die Partei DIE LINKE zu wählen?» (in Prozent)

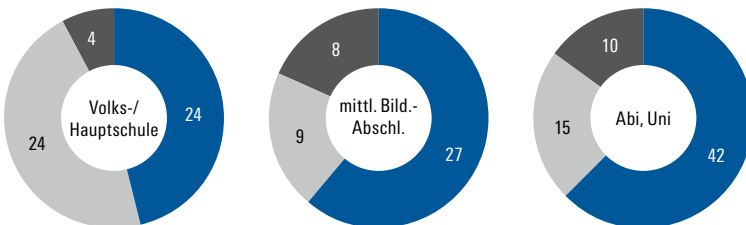
- hohes soziales Engagement
- gute Konzepte
- Friedenspolitik, Haltung zu Kriegen und Waffenlieferungen



Wähler*innenpotenzial nach Alter in Prozent



Wähler*innenpotenzial nach Schulbildung in Prozent



ausreichendes Einkommen, allgemeine Sozialpolitik, Arbeitslosigkeit, Armut und Wirtschaftspolitik sind für zusammengenommen 37 Prozent der Menschen Probleme, deren politischer Lösung sich DIE LINKE, aber auch die Institutionen der Europäischen Union widmen müssten. Die vor allem durch die hohen **Energiepreise, Lieferengpässe und Niedrigzinspolitik** der Europäischen Union induzierte Inflation wird beispielsweise von acht Prozent der Befragten als Problem kommuniziert, und diese Wahrnehmung konzentriert sich vor allem in dichtbesiedelten Ballungsräumen mit mehr als 500.000 Einwohner*innen (19 Prozent) und bei Personen mit einem niedrigen Nettoeinkommen bis zu 2.500 Euro. Auffallend ist das Ergebnis der regionalen Verteilung: In Ostdeutschland wird die **Inflation** nahezu gar nicht als Problem wahrgenommen im Gegensatz zu zehn Prozent in Westdeutschland. Insbesondere in der Region Mitte-West (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland) empfinden mit 24 Prozent die meisten Menschen die Inflation als belastend.

Soziale Ungerechtigkeit, deren Überwindung traditionell ein Kernthema linker Wirtschafts- und Sozialpolitik darstellt, wird insgesamt von lediglich sechs Prozent des linken Wähler*innenpotenzials als erhebliches Problem genannt, dabei aber – neben Mehrpersonenhaushalten (14%) – überproportional häufig von sehr jungen Wähler*innen bis 29 Jahren (24%), die in Großstädten und Ballungsgebieten mit 100.000 bis über 500.000 Einwohner*innen leben, häufig Abitur oder einen Universitätsabschluss und ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von über 3.500 Euro haben. Die aus sozialer Ungerechtigkeit sich entwickelnde Armut wird von vier Prozent der Befragten als drängendes Problem formuliert, und auch hier lässt sich an den Zahlen ablesen, dass vor allem das junge Wähler*innenpotenzial der LINKEN (12%) und Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro (12%) in einem relevanteren Ausmaß ein diesbezügliches Problembewusstsein hegen oder der Meinung sind, dass die Ebene der Europäischen Union überhaupt der richtige Adressat dafür ist.

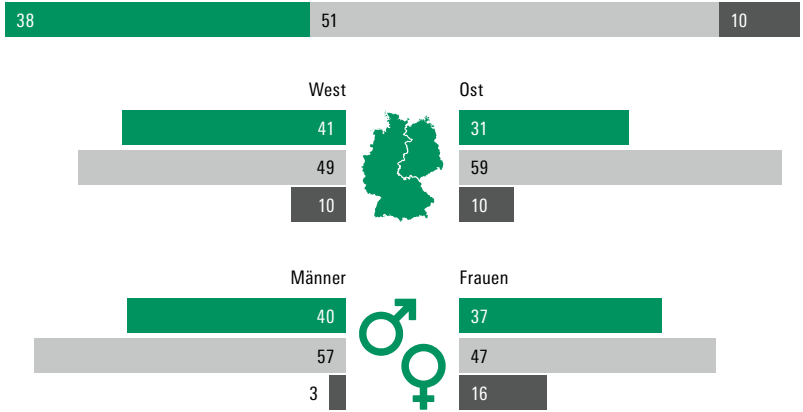
Zwei weitere wichtige Politikfelder aus Sicht potenzieller LINKEN-Wähler*innen sind die Themen Flüchtlingspolitik (17%) sowie die Fragen von Krieg und Frieden (10%). Dabei wird die **Flüchtlingspolitik von Frauen doppelt so häufig als Problem genannt wie von Männern (22%/11%)** sowie überproportional von Menschen, die zwischen 50 und 59 Jahre alt sind (29%) und in kleinen Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohner*innen leben und nicht so viel verdienen. In der politischen Öffentlichkeit gern bemühte Zusammenhänge zwischen Flüchtlingspolitik und vermeintlich ansteigender Kriminalität werden nicht geteilt.

3 MEHR KOMPETENZEN FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT?

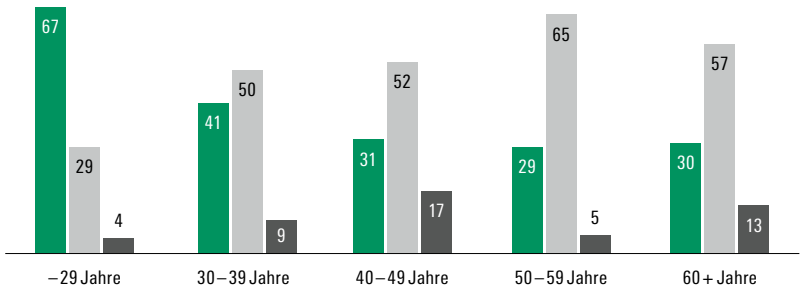
Im Kontext einer verbreiteten Unzufriedenheit mit der politischen Arbeit der Europäischen Union und ihrer Institutionen ist es wenig überraschend, dass eine **Mehrheit der Befragten skeptisch ist gegenüber einer Ausweitung der Kompetenzen** der EU (51 %). Allerdings ist auch hier bei einem genaueren Blick auf die Umfrageergebnisse die Situation komplexer, als es zunächst den Anschein erweckt. Einerseits zeigen vor allem **junge Menschen bis 29 Jahre** eine ausgeprägt internationalistische Einstellung und **befürworten eine weitere Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf die Ebene der Europäischen Union** (67%), auch sind diese Einstellungsmuster dominant in urbanen Zentren und Ballungsgebieten (47%) und bei gut ausgebildeten Wähler*innen anzutreffen (47%). Andererseits aber äußern sich insbesondere Menschen mit einem niedrigen Nettoeinkommen von bis zu monatlich **2.500 Euro auffallend häufig positiv gegenüber einer Stärkung europäischer Institutionen**. Eine in den gängigen politischen Debatten oftmals anzutreffende **Verbindungsline zwischen Einkommenshöhe und pro-europäischen bzw. internationalistischen Einstellungsmustern ist dementsprechend nicht schlüssig**.

«Würden Sie es befürworten, wenn das EU-Parlament mehr bestimmen könnte und die nationalen Parlamente wie der deutsche Bundestag dafür weniger?» (in Prozent)

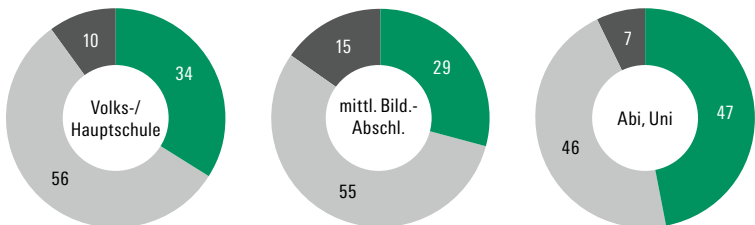
■ würde ich befürworten ■ würde ich ablehnen ■ weiß nicht, keine Angabe



Befürwortung nach Alter in Prozent



Befürwortung nach Schulbildung in Prozent



4 GUTE PFLEGE, PROGRESSIVE BESTEUERUNG UND MOBILITÄT FÜR ALLE

Unter den politischen Vorschlägen, denen die potenziellen Wähler*innen der LINKEN am stärksten zustimmen, befinden sich insbesondere gesundheits- und sozialpolitische Politikfelder, allen voran Fragen der Gesundheits- und Pflegepolitik, der Wohnungspolitik sowie einer progressiven Steuerpolitik und des Ausbaus öffentlicher Infrastruktur.

Die in vielen europäischen Ländern **bedenkliche Situation im Pflegebereich** wird auch von den Befragten als unzumutbar angesehen, zusammengefasst **97 Prozent** stimmen dem Vorschlag zu, dass in der Europäischen Union die Pflegekräfte sowohl eine gute Ausbildung erhalten sollen als auch, dass sie entsprechend bezahlt werden müssen. Unabhängig von Alter, Einkommen, Region und anderen Parametern sind sich die (potenziell) LINKE-Wählenden zu über 90 Prozent darin einig, dass ein solcher politischer Programmpunkt unbedingt unterstützenswert ist. Auch die **Forderung nach einer allgemeinen, kostenlosen und qualitativ guten Gesundheitsversorgung ist mit insgesamt 75 Prozent** derjenigen, die dieser Forderung absolut zustimmen, und 21 Prozent, die ihr eher zustimmen, **populär und findet ebenfalls in allen Bevölkerungskategorien eine beeindruckende Resonanz. Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum**, die in Berlin beispielsweise mit einem erfolgreichen Referendum zur Enteignung großer Wohnungsgesellschaften wie der «Deutsche Wohnen SE» mündete, aber auch in vielen anderen europäischen Großstädten zum integralen Bestandteil sowohl neuer sozialer Bewegungen als auch der Programmatik linker Parteien avancierte, **ist mit 93 Prozent Zustimmungspotenzial ein weiteres hochrelevantes Thema für das linke Wähler*innenpotenzial.** Lediglich in Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohner*innen gibt es hierfür eine erkennbar geringere Unterstützung (57%). **Populäre politische Forderungen** sind zudem eine gerechtere Steuerpolitik, wie etwa die Einführung einer Übergewinnsteuer, **die von 67 Prozent der Befragten stark und von weiteren 17 Prozent eher befürwortet wird**, als auch eine stärkere **Besteuerung privater Vermögen über einer Million Euro.** Hier liegt die generelle **Befürwortung** («stimme stark zu» oder ich «stimme eher zu») **bei 80 Prozent.** In der Tendenz ist erkennbar, dass die Zustimmung zu dieser Forderung umso größer ist, je niedriger das Einkommen der befragten Teilnehmenden ist.

Zustimmung zu den jeweiligen Vorschlägen in Prozent:

In der EU müssen mehr Pflegekräfte gut ausgebildet und entsprechend bezahlt werden.



Die Gesundheitsversorgung muss für alle gleich gut und ohne private Zuzahlungen funktionieren.



Die Staaten in der EU müssen ausreichend bezahlbaren Wohnraum garantieren.



Konzerne sollen Extragewinne, die aufgrund von Krieg oder sonstigen Krisen erzielt werden, zusätzlich versteuern.



Der Staat soll mehr Geld in die Bahninfrastruktur investieren.



Private Geldvermögen oberhalb von 1 Million Euro sollen europaweit stärker besteuert werden.



Die Strompreise in Europa sollen nicht mehr über den Strommarkt gebildet, sondern staatlich festgelegt werden.



Waffenexporte aus der Europäischen Union dürfen nicht in Kriegs- und Krisengebiete gehen.





Die Staaten der Europäische Union sollen ihre Ausgaben für das Militär nicht erhöhen.



Die Europäische Union soll eine eigene Armee aufstellen.



 stimme stark zu  stimme eher zu

Zu den präsenteren politischen Themen in der Öffentlichkeit zählt seit einiger Zeit auch der **Ausbau der Bahninfrastruktur**, wozu nicht nur neue Bahnstrecken und modernere Züge, sondern eben auch die sozialökonomische Dimension von Mobilität und Bezahlbarkeit gehört. Dieses Bewusstsein **spiegelt sich auch im Umfrageergebnis wider, 85 Prozent der potenziellen LINKEN-Wählerschaft stimmt einer solchen Forderung** entweder «stark» (61 %) oder «eher» zu (23 %). Diese positive Resonanz ist in allen Alters- und Einkommensklassen sowie allen Bildungsabschlüssen ähnlich populär, wobei die Unterstützung mit der Größe des Wohnortes der Befragten steigt. Die vor allem auch von der Berliner LINKEN unterstützte Einführung eines 29-Euro-Tickets in der Hauptstadt, das inzwischen von einem bundesweiten 49-Euro-Ticket für den Personennahverkehr abgelöst worden ist, ist ein wichtiger politischer Etappenerfolg zur Steigerung der Mobilität unabhängig vom Einkommen sowie zu einer Verminderung des Automobilverkehrs und somit einer Reduzierung sowohl schädlicher Abgase als auch des Verbrauchs fossiler Energie. Dieses sowohl soziale als auch ökologische und energiepolitische Thema ist auch aus bildungspolitischer Perspektive von Relevanz, steht es doch exemplarisch für die in weiten Teilen der gesellschaftlichen Linken geforderte und unterstützte sozialökologische Transformation.

Ebenfalls bejaht wird die Forderung nach einer staatlichen Regelung der Strompreise in Europa. Hier spielt selbstverständlich auch der Krieg in der Ukraine eine Rolle, dennoch lässt sich festhalten, dass eine Beschränkung des privatwirtschaftlichen Profitstrebens durch staatliche Interventionen einfach kein Tabuthema mehr ist. Eine volle Zustimmung zu staatlicher Regulierung im Energiesektor geben 41 Prozent der Befragten an, weitere 28 Prozent stimmen dieser Forderung eher zu. Im Osten findet dies mehr Zustimmung als im Westen (74 %/66 %).

5 KRIEG UND FRIEDEN – UNSICHERES TERRAIN

Weitaus kontroverser fallen hingegen die Antworten in dem Themenkomplex aus, der sich mit Fragen rund ums Militärische beschäftigt. Die (potenzielle) LINKEN-Wählerschaft ist sich sowohl bei der Frage nach einer Erhöhung der Militärausgaben in Europa als auch bei Fragen zur Bildung einer europäischen Armee und Waffenexporten in Krisengebiete uneins. Die **Ablehnung der Erhöhung von Militärbudgets** in den EU-Staaten **wird lediglich von einer Mehrheit von 58 Prozent getragen**, hier sticht vor allem die relativ breit vertretene Ablehnung bei Jungwähler*innen bis 29 Jahre (76%) und Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen (66%) heraus. Bemerkenswert ist zudem, dass die Ablehnung in den unteren Einkommensklassen größer ausfällt als in den höheren. Der Beweggrund ist recht einfach benannt: Stärkere Militärausgaben führen unweigerlich zu einer Kürzung der Ausgaben in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit. Die angestrebten Kürzungen des Bundesfinanzministers und die schleichende Wiedereinführung des Schwarze-Null-Dogmas, nachdem eine Milliarde Euro in die Modernisierung der Bundeswehr investiert werden soll, unterstreichen diese Befürchtungen. In der **Frage, ob Waffenexporte in Krisengebiete erlaubt sein sollten**, fällt das Ergebnis ebenfalls **relativ undeutlich** aus. Eine knappe **Mehrheit von 59 Prozent positioniert sich dagegen** (36% stimmen stark zu, 23% stimmen eher zu) **und ist mit 67 Prozent insbesondere in Ostdeutschland beheimatet**. Doch ein Drittel der potenziellen LINKEN-Wähler*innen kann sich solche Waffenexporte durchaus vorstellen, was darauf schließen lässt, dass in diesem Politikfeld Spalt- und Konfliktpotenzial besteht. Das gleiche Dilemma besteht in der Frage nach der **Gründung einer europäischen Armee**. Auch hier positioniert sich zwar eine Mehrheit von **60 Prozent gegen eine solche Forderung** (32% stimmen gar nicht zu, 28% stimmen eher nicht zu), gleichzeitig stimmt aber über ein Drittel vollständig oder abgeschwächt zu, und diese Zustimmungswerte sind überproportional stark bei Männern, bei Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen sowie mit höheren Einkommen. Vergewagt man sich die soziale und bildungspolitische Komposition des politischen Betriebs, so liegt der Schluss nahe, dass die Möglichkeit der Einführung einer europäischen Armee realpolitisch nicht undenkbar ist, auch wenn letztlich die Popularität einer solchen europäischen Armee insbesondere bei Befragten mit einer eindeutigen Parteipräferenz für DIE LINKE am geringsten ausgeprägt ist (33%).

6 MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT IN DER EU

KOSTENLOSE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE

Sehr viel näher als beim Themenkomplex Militär und Aufrüstung liegen die Meinungen potenzieller Wähler*innen beieinander, wenn es ums Soziale geht. So stimmen beispielsweise 75 Prozent «stark» und weitere 21 Prozent «eher» zu, dass Gesundheitsversorgung für alle gleich sein und ohne Zuzahlungen funktionieren sollte. Mit einer Gesamtzustimmung von 96 Prozent zeigt sich, dass das Thema Gesundheitsversorgung und die Kritik an der Privatisierung, vielen Menschen besonders wichtig ist. Die Auswertung zeigt auch, dass dieses Thema jedoch mit steigendem Alter an Bedeutung gewinnt. Während nur 61 Prozent der unter 29-Jährigen «stark» zustimmen, sind es bei den über 60-Jährigen 82 Prozent. Auch finden Befragte mit einem niedrigeren Schulabschluss eine kostenlose Gesundheitsversorgung ohne Zuzahlungen noch einmal wichtiger (85 %) als Befragte mit mittlerem Schulabschluss oder Abitur (72 %), hier ergibt sich eine Differenz von 13 Prozent. Geht man davon aus, dass Bildungsgrad und Einkommensstruktur miteinander korrelieren, bedeutet dies, dass sich insbesondere die Ärmere für eine kostenlose Gesundheitsversorgung starkmachen.

BILDUNG UND BETREUUNG SICHERSTELLEN

Beim Ranking, welche Forderungen im Bereich Soziales besonders wichtig sind, belegt den ersten Platz die Forderung, dass Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung in der gesamten EU kostenlos sein sollten. Sie wird von 73 Prozent der Befragten, die DIE LINKE wählen würden, unterstützt. Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss sind hier wiederum die größte Gruppe (90 %), während nur 66 Prozent derjenigen mit Abitur und/oder Universitätsabschluss eine Priorität auf kostenlosem Zugang zu Bildung und Gesundheit legen.

Im mittleren Bereich des Rankings sind die Forderungen «Stärkere Beteiligung Vermögender an der Finanzierung des Gemeinwesens in ganz Europa», «einheitlicher Mindestlohn» sowie eine «staatliche Begrenzung für die Preise von Energie, Lebensmitteln und Mieten in der EU».

Der Forderung nach «einheitlichen Sozialleistungen in der EU» stimmen 43 Prozent zu. Auch bei jenen, die grundsätzlich eine andere Partei wählen, erreicht diese Forderung hohe Zustimmungswerte. Bei der FDP 98 Prozent und 86 Prozent bei der AfD, gefolgt von CDU/CSU-Wählenden mit 70 Prozent und SPD-Wählenden mit 67 Prozent.

GLEICHE LEISTUNGEN FÜR ALLE IN EUROPA?

Ein etwas uneindeutiges Bild ergibt sich bei der Forderung nach «einheitlichen Sozialleistungen für alle auf einem hohen Niveau». Hier stimmen nur 43 Prozent der potenziellen Wähler*innen von DIE LINKE «stark» zu, weitere 33 Prozent stimmen «eher» zu, was einen Gesamtwert von 76 Prozent ausmacht. Gleichzeitig bedeutet das Ergebnis auch, dass sich die Befragten der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten innerhalb der EU bewusst sind. Trotzdem gibt es eine deutliche Tendenz für eine europäische Integration, die auch Transferleistungen reicher Länder an ärmere beinhalten kann.

VERMÖGENDE STÄRKER BETEILIGEN

Eine deutliche Mehrheit im linken Wähler*innenspektrum findet sich auch für die Forderung, dass Vermögende stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens in Europa beteiligt werden sollen. Mit 54 Prozent «stimme stark zu» und 29 Prozent «stimme eher zu» sind insgesamt 83 Prozent dafür. Dabei sind Frauen mit 58 Prozent eher dafür, Männer mit 48 Prozent zurückhaltender. Anders als bei anderen Fragen der Vergesellschaftung liegen die Werte bei den Anhänger*innen anderer Parteien hier niedriger. Abgesehen von denjenigen, die grundsätzlich eher Bündnis 90/Die Grünen wählen, bei denen 67 Prozent die Umverteilung befürworten, liegen die Werte für CDU/CSU, SPD, AfD und FDP alle bei um die 50 Prozent. Dies bedeutet auch, dass viele Anhänger*innen anderer Parteien eine Umverteilung kritisch oder zumindest mit Sorge sehen. Für DIE LINKE könnte hier einerseits das Potenzial für ein Alleinstellungsmerkmal entstehen, da die Zustimmung insgesamt hoch ist. Gleichzeitig müssten die Beteiligungs- bzw. Umverteilungsmechanismen sehr klar definiert werden, um auch Wähler*innen anderer Spektren wirklich anzusprechen.

STAATLICHE PREISBEGRENZUNGEN SIND IN ORDNUNG

Relativ hohe Zustimmungswerte erreichen all die Fragen, die sich mit der staatlichen Regulierung von Preisen beschäftigen. Die Befragung bezog sich hier auf die Regulierung von Energie, Mieten und Lebensmitteln – drei Bereiche, in denen die Kosten überall in Europa jüngst stark gestiegen sind.

Insbesondere in der Gruppe derjenigen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen von unter 1.500 Euro gibt es mit 61 Prozent «stimme stark zu» (im Vergleich zu 47 Prozent «stimme eher zu» bei allen Befragten) klare Zeichen für politischen Handlungsdruck. Eine deutliche Differenz zeigt sich auch beim Bildungshintergrund: Während nur 37 Prozent der Akademiker*innen einen staatlichen Eingriff in die Preise für Energie und Lebensmittel für sehr wichtig halten, sind es bei denjenigen mit Haupt- und Realschulabschluss 63 Prozent.

Zustimmung zu den jeweiligen Vorschlägen in Prozent:

Gesundheitsversorgung, Bildung und Kinderbetreuung sollen kostenfrei sein.



Stärkere Beteiligung Vermögender an der Finanzierung des Gemeinwesens in ganz Europa.



Einführung einheitlicher Mindestlöhne in ganz Europa.



Staatliche Begrenzung der Preise für Energie und Lebensmittel in der EU.



Staatliche Begrenzung der Mieten in der EU.



In Europa sollen einheitliche Sozialleistungen für alle auf hohem Niveau gelten.



■ stimme stark zu ■ stimme eher zu

Diese Ergebnisse zeigen, dass diejenigen, die sich die aktuellen Teuerungen noch leisten können, weniger stark auf staatliches Eingreifen hoffen und wahrscheinlich auch angewiesen sind. Für DIE LINKE sollte hier jedoch eindeutig die Position derjenigen handlungsleitend sein, die von den Mehrfach-Teuerungen am meisten betroffen sind. Preisbremsen sollten im Europawahlprogramm sehr eindeutig verankert werden.

MIETEN ALS KERNFELD LINKER POLITIK

78 Prozent stimmen der Forderung «Mieten in der EU staatlich begrenzen» zu, 47 Prozent davon stimmen «stark» zu und weitere 31 Prozent stimmen «eher» zu. Auch hier bilden Frauen mit 55 Prozent gegenüber Männern mit 37 Prozent die größere Gruppe. Regional befindet sich ein Schwerpunkt der Zustimmung in Mitte-West mit 61 Prozent gegenüber 34 und 48 Prozent in den anderen Regionen. Die höchste Zustimmung zu dieser Forderung findet sich in Haushalten mit drei Personen (57%). Anders als bei anderen Fragen liegt die Zustimmung in den unterschiedlichen Einkommensgruppen näher beieinander: zwischen 41 und 58 Prozent. Der höchste Zustimmungswert liegt im Einkommensbereich zwischen 1.500 und 2.500 Euro, Menschen mit mehr Geld wollen das eher nicht.

Es zeigt sich also insgesamt eine große Einigkeit in der Notwendigkeit der Regulierung von Mieten. Da der Mietenmarkt insbesondere in den europäischen Metropolen fast flächendeckend explodiert ist und das Investieren in und die Spekulation um Wohnraum länderübergreifend funktionieren, ergeben sich im Feld der Mietenpolitik zusätzlich Möglichkeiten der europäischen Vernetzung.

Durch die touristische Vermietung von Wohnraum in zahlreichen Städten Europas wird der Markt zusätzlich verknappt. Hier scheint die Verknüpfung mit den negativen Auswirkungen von Tourismus offensichtlich und eine mögliche Forderung nach Regulierung von Tourist*innenströmen durch das Verbot von Kurzzeitvermietung in Innenstädten (wie bereits in einigen Städten Europas umgesetzt) möglich.

MINDESTLOHN IN EUROPA

Beim Thema Mindestlohn in Europa zeigt sich mit 47 Prozent «stimme stark zu» und 23 Prozent «stimme eher zu» auch eine deutliche Tendenz. Anders als bei anderen Fragen sehen dies mit insgesamt 29 Prozent vie-

le der Befragten kritisch. Und auch anders als bei anderen Fragen zu sozialer Gerechtigkeit sind 36 Prozent derjenigen mit niedrigem Bildungsabschluss eher oder ganz gegen einen europäischen Mindestlohn. Hier lässt sich eine Konkurrenz vermuten zwischen denen, die eher in diesem Lohnsektor tätig sind, und Arbeiter*innen in anderen Ländern – oder aber auch die Sorge, dass der Mindestlohn in Deutschland in der Harmonisierung mit anderen Ländern gesenkt werden könnte und sich dies auf die eigene finanzielle Situation auswirken könnte. Im Januar 2023 variierten die Mindestlöhne in der EU noch zwischen 13,80 Euro in Luxemburg und 2,41 Euro in Bulgarien. Deutschland lag mit 12 Euro auf Platz 2.

Nichtsdestotrotz sollte der Kampf um faire und vergleichbare Löhne in der EU Bestandteil eines von links geführten Europawahlkampfes sein. Starke Lohnschwankungen zwischen den europäischen Ländern bei gleich-

Zustimmung zu den jeweiligen Vorschlägen in Prozent:

Unternehmen, die umweltfreundlich und nachhaltig produzieren, sollten mehr staatliche Förderung erhalten.



Der öffentliche Nahverkehr wird überall in Europa ausgebaut und kostenfrei.



Die Energieversorgung wird vorrangig auf Solar- und Windkraft umgestellt.



Kohle wird ab 2030 nicht mehr für die Stromproduktion genutzt.



Die staatlichen Förderungen für die Automobilindustrie sollten heruntergefahren werden.



Die Atomkraftwerke in ganz Europa werden schnellstmöglich abgeschaltet.



Statt mit Verbrennungsmotoren werden die Autos mit Elektroantrieb betrieben.



■ stimme stark zu ■ stimme eher zu

zeitiger Teuerung und der Möglichkeit recht freizügiger ausländischer Investitionen führen dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich in vielen Ländern der EU in den vergangenen Jahren größer geworden ist. Menschen migrieren oft unfreiwillig, um in einem anderen Land für eine gleichwertige Arbeit mehr Lohn zu erhalten. Die EU-Richtlinie für angemessene Löhne ist ein sinnvoller Schritt in die richtige Richtung, kann jedoch nicht Abschluss linker Bemühungen um faire Löhne sein.

Um die Sorgen derjenigen aufzugreifen, die um ihre eigene finanzielle Existenz bangen, müssen gleichzeitig Mechanismen wie staatliche Preisregulierungen vorgeschlagen werden.

SOZIALER KLIMASCHUTZ ALS GEMEINSAMES EUROPÄISCHES PROJEKT

Beim Thema Klimaschutz und öffentlicher Nahverkehr wurde im Rahmen der Befragung ebenfalls ein Ranking der wichtigsten Maßnahmen erstellt. Auch hier zeigt sich eine deutliche Mehrheit für Forderungen nach staatlicher Regulierung und Förderung für umweltfreundlich und nachhaltig produzierende Unternehmen (62% «stimme stark zu»). 75 Prozent der befragten Frauen befürworteten diese Maßnahme.

Weniger klar bekennt sich die Gruppe der potenziellen LINKE-Wähler*innen zur Frage des Atomausstiegs in ganz Europa (29%) und zum Umstieg vom Verbrennermotor auf das Elektroauto. Im Mittelfeld des Rankings rangieren die Maßnahmen «Energieversorgung durch erneuerbare Energien», das «Auslaufen der Nutzung von Kohle für die Stromproduktion» und die «Abschaffung der staatlichen Förderung der Automobilindustrie». Auch wenn die starke Zustimmung zu dieser vorgeschlagenen Maßnahme nur bei 40 Prozent liegt, zeigt der Gesamtwert der Zustimmungen deutlich, dass das Thema einer Transformation der Autoindustrie ein wichtiges für potenzielle LINKE-Wähler*innen darstellt. Auch die Umstellung auf erneuerbare Energien kann mit einer Gesamtzustimmung von 73 Prozent als eindeutig gelesen werden.

Die Abschaltung aller Atomkraftwerke in Europa wird jedoch insgesamt nur von 49 Prozent befürwortet. Unter den befragten Männern sind sogar nur insgesamt 41 Prozent dafür. Hier zeigt sich bei der Aussage, dass ab 2030 keine Kohle mehr zur Stromgewinnung genutzt wird, ein deutlicheres Bild, da insgesamt 68 Prozent dafür sind. Insgesamt sind auch nur 51 Prozent für das Auslaufen des Verbrennungsmotors.

Deutlich wird, dass bei den Themen, die Umwelt und Klimaschutz betreffen, vor allem die Maßnahmen befürwortet werden, die durch staatliche Investitionen in Unternehmen oder in Infrastruktur umgesetzt werden können. Bei vorgeschlagenen Maßnahmen, die auch einen Eingriff in die Privatsphäre bedeuten könnten, wie das Auslaufen des Verbrennermotors, sind die Mehrheiten weniger eindeutig. Dass der Ausstieg aus der Kohle höher gewertet wird als der Ausstieg aus der Atomenergie, zeigt, dass die Eindämmung des Klimawandels wichtiger erscheint als die Sorge vor einem Reaktorunglück.

Für die programmatische Ausrichtung der LINKEN bedeutet das, dass alle Vorschläge zum Stopp des Klimawandels klar auf ihre soziale Machbarkeit hin überprüft werden müssen. Hier besteht jedoch die Möglichkeit, die Wahrnehmbarkeit der LINKEN auszubauen und einen Kontrapunkt zu den Politikvorschlägen der Grünen zu setzen.

7 CHANCEN UND RISIKEN FÜR DIE LINKE BEI DEN EUROPAWAHLEN

Die Wahlumfrage zeigt: Das Potenzial für eine kraftvolle Linke in Europa ist vorhanden. Trotz aller auch organisationspolitischer Probleme in den vergangenen Jahren gibt es immer noch ein durchaus stabiles Wähler*innenpotenzial von 17 Prozent. Diese etwa 11 Millionen Menschen gilt es aber nun, durch gute politische Konzepte und eine mutige öffentliche Kommunikation davon zu überzeugen, eine sozialistisch-ökologische Alternative bei der anstehenden Europawahl zu stärken.

Als große Stärke der LINKEN wird ihr sozialpolitisches Engagement angesehen. Das bestätigen sowohl potenzielle Wähler*innen der LINKEN als auch Wähler*innen anderer Parteien wie der SPD oder Bündnis 90/ Die Grünen. Weder geografisch noch sozialstrukturell gibt es dabei große Abweichungen. Dieses Engagement und programmatisches Profil ist die Kernkompetenz der LINKEN.

Außerdem gilt es, weiterhin jene zu erreichen und zu motivieren, die derzeit gar nicht wählen bzw. Kleinstparteien wählen, sich aber prinzipiell vorstellen könnten, DIE LINKE zu wählen. Auch der relativ hohe Anteil grüner Wähler*innen, die sich aufgrund der sozialpolitischen Forderungen eine Wahl der LINKEN vorstellen könnten, sollte Anreiz sein, Konzepte eines ökologischen Sozialismus klarer zu benennen und in der Öffentlichkeit einzufordern. Die Zukunft der Europäischen Union kann nur eine ökologische und sozialistische Zukunft sein.

In Bezug auf die EU und ihre Politiken selbst sollten klare Aussagen getroffen werden. Es gibt aktuell keine andere Möglichkeit, als die EU-Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge klar anzugreifen. Gleichzeitig sollten die möglichen – auch gemeinsamen – Arbeitsfelder von Linken in den Ländern der EU, wie zum Beispiel die Initiativen für faire Löhne, aufgegriffen werden.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-948250-69-0 · Redaktionsschluss: Juni 2023

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

www.rosalux.de

